

„Vertrauen kommt von eingehaltenen Versprechen“

Prof. Dr. Paul J. J. Welfens ist Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik an der Bergischen Universität in Wuppertal und Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW). Im Gespräch mit dem WIRTSCHAFTSSPIEGEL sprach der Buchautor (»Die Zukunft des EURO«) über die europäische Staatsschuldenkrise und deren Überwindung.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Welche Gedanken gehen Ihnen durch den Kopf, wenn ich Heinrich Heines berühmten Vers leicht verändere und sage: „Denk ich an den EURO in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“?

Prof. Dr. Welfens: Natürlich macht man sich Sorgen, aber in der Nacht sind wir noch nicht. In Europa ist eine sehr ernste Situation entstanden, aus der man mit sinnvollen Maßnahmen herausfinden kann. Man sollte aber nicht so tun, als würde die Zeit für uns spielen. Die Zeit spielt gegen uns. Wir müssen jetzt handeln und dürfen die notwendigen Maßnahmen nicht länger verschleppen. Andernfalls werden wir uns Ende 2012 in einer sehr brisanten Situation befinden. Ich befürchte, dass wir in diesem Fall ein ganzes verlorenes Jahrzehnt vor uns hätten. Diese Form einer gefährlichen Stagnation sollten wir uns klugerweise ersparen. Ich setze daher auf die politische Klugheit der Verantwortlichen, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Fast zeitlich zu Ihrem Buch erschien auch das neue Buch des ehemaligen Bundesbankers Thilo Sarrazin (»Europa braucht den EURO nicht«). Wo sehen Sie Parallelen bzw. Widersprüche gegenüber Ihren eigenen Thesen?



PROF. DR. PAUL J. J. WELFENS
Foto: EIIW

Prof. Dr. Welfens: Herr Sarrazin weist zu Recht darauf hin, dass im Maastrichter Vertrag Versprechen der Politik angelegt sind, die man jetzt einfordern muss. Die Architekten der Währungsunion hatten gute Gründe, eine Begrenzung bei der Defizit-Quote festzuschreiben. Trotzdem fehlt Sarrazins Buch an vielen Stellen das wissenschaftliche Fundament. Der größte Widerspruch besteht in der Frage, wie viel Nutzen der EURO bringt. Ausgehend von einer stabilen Gesamtlage, wie wir sie in den ersten 10 Jahren der EURO-Zone hatten, kommt man zu dem Ergebnis, dass die ökonomischen Vorteile überwiegen. In meiner Stellungnahme für den Finanzausschuss habe ich deutlich gemacht, dass eine 4-köpfige Familie vom EURO mit rund 1.000 € pro Jahr profitiert.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Lautet Ihre These deshalb „Alles wird gut“?

Prof. Dr. Welfens: Wir stehen heute vor der Frage, ob der EURO und die Europäische Zentralbank als glaubwürdige Institutionen fortbestehen können. Daran habe ich meine Zweifel. Ich ziehe daraus allerdings eine völlig andere Schlussfolgerung als Thilo Sarrazin. Ich favorisiere einen Weg in Richtung einer politischen Union. Das würde bedeuten, dass man den Akteuren auf der nationalen Ebene einen Teil ihrer Macht wegnimmt. Die Aufgaben einer Konjunkturpolitik könnten – wie es in Australien, in Kanada und den USA geschieht – auf einer höheren Ebene verankert werden. Ich weiß, dass dieses Thema in der deutschen Öffentlichkeit schwierig ist. Schließlich steht das Wort Subsidiarität bei uns ganz vorne. In Brüssel sollen keine Aufgaben verankert werden, die man nicht genauso auf der nationalen Ebene realisieren kann. Diese Einstellung ist einseitig und ein wenig naiv. Der schwache politische Wettbewerb in Brüssel

ist nicht zuletzt deshalb in Form einer sinkenden Wahlbeteiligung sichtbar. Das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger sinkt. Wenn wir Aufgaben, die man ökonomisch begründen kann, in Brüssel verankern würden, könnte man dort auch Konjunkturpolitik machen. Dadurch würde Brüssel ökonomisch und politisch eine größere Hausnummer, und dann würden auch sehr viel Menschen sich dafür interessieren, was dort entschieden wird.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Während sich in einer Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung mittlerweile jeder 3. Deutsche die D-Mark zurückwünscht und andere über eine Parallelwährung nachdenken, schlägt Martin Jacomb, der ehemalige Leiter der University of Buckingham, vor, dass bei einem kompletten Auseinanderbrechen des EURO die Gemeinschaftswährung wieder rechnerisch in 17 Einzelteile aufgeteilt werde.

Prof. Dr. Welfens: Bei solchen Vorschlägen muss man aufpassen, welche Signale man dem Kapitalmarkt sendet. Mein ehemaliger Mitarbeiter Michael Vogelsang, der Chef-Volkswirt des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW), hat sich ebenfalls für die Einführung einer Parallelwährung in Griechenland ausgesprochen. Das Hauptargument für eine Doppelwährung besteht in der dadurch gegebenen Möglichkeit der Nachbildung der Abwertungsfunktion bei flexiblen Wechselkursen. Viele dieser Gedanken sind überlegenswerte Optionen, aber man muss genau überlegen, welche Signale man gibt und welche Konstruktion man wählt.

EURO kann „preußischer“, solider und sparsamer werden

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Muss die Europa-Politik mit Blick auf den EURO „preußischer“ werden, wie es beispielsweise der Historiker Herfried Münkler fordert?

Prof. Dr. Welfens: Der EURO muss eine sehr viel klarere Struktur bekommen. Insofern kann er durchaus preußischer, solider und sparsamer werden. Wir Deutschen sind an dieser Stelle aufgefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir haben, sicherlich auch unter dem Schock der transatlantischen Bankenkrise, unsere guten Grundsätze an vielen Stellen schleifen lassen. Deswegen müssen wir uns daran erinnern, dass der EURO eine Gemeinschaftswährung ist. Es muss in unserem urreigensten Interesse liegen, die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Europäischen Zentralbank zu wahren. Wir wären gut beraten, wenn der EURO am Ende so verstanden werden kann, dass nach der D-Mark die E-Mark gekommen ist.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: In Ihrem Buch schreiben Sie, dass nicht nur der EURO in der Krise ist. Es gibt „eine größere Krise des Westens, die seine Institutionen, aber auch seine Werteskala betrifft.“

Prof. Dr. Welfens: Es gibt Schwachpunkte beim IWF bzw. bei dessen Analyse-Qualität. In meinem Beitrag „Transatlantische Bankenkrise“ habe ich immerhin im Oktober 2008 die EURO-Krise recht präzise als Szenario formuliert. Die OECD mit ihren vielen Ökonomen hat sich jedoch keineswegs frühzeitig warnend geäußert. Zudem arbeiten die USA, Großbritannien und die EURO-Zone in der Staatsfinanzierungskrise nicht vernünftig zusammen; das kostet Wachstum und Jobs. Zudem gibt es sehr wenig Interesse der Politik an kritischer Analyse bzw. reflektierter Beratung – da haben wir schon 50 Prozent der Krisenbasis. Die Haupt-Troika in der Krise heißen Verantwortungsscheu, Unprofessionalität und Gesetzesbruch, wie bei Irlands Nichtanwendung der EU-Bankenaufsichtsregeln und bei Griechenlands Defizitbetrug 2009.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Sie machen sich Gedanken über die Frage, ob es eine „Europäische Union Plus“ geben müsste.

Prof. Dr. Welfens: Ich gehe von der Vorstellung aus, dass die Europäische Union in der jetzigen institutionellen Aufstellung nicht als zukunftsfähig für das 21. Jahrhundert eingestuft werden kann. Wir müssen daher über eine Struktur nachdenken, die uns in jedem Fall auch durch schwieriges Wetter zuverlässig hindurchbringt. Deswegen müssen wir uns die Frage stellen, was wir unter einer vernünftigen Arbeitsteilung verstehen. Auf nationaler Ebene können wir bislang keine erkennbaren Sanktionen durchsetzen. Ich bin daher sehr skeptisch, ob der Fiskalpakt diese Aufgabe liefern kann. Stattdessen sollte man in den politischen Prozess hineingehen und ein Europaparlament sowie eine europäische Regierung fordern, die auch wirklich verantwortlich sind. Wenn diese Institutionen schlechte Politik liefern, werden sie abgewählt.

Lassen Sie mich bitte an dieser Stelle auch einen anderen Aspekt ansprechen. Wir brauchen angesichts der Krise auch ein besseres Krisenmanagement! Nach der transatlantischen Bankenkrise sind sowohl die USA als auch Großbritannien und Teile der EURO-Zone in eine Staatsschuldenkrise bzw. eine fortdauernde Bankenkrise geraten. Der Westen kann daher nicht damit glänzen, dass er überall rasche und nachhaltige Fortschritte macht. Im Gegenteil: Wir sind dauernd in der Gefahr, dass es zu einer Instabilität einzelner Länder im OECD-Gesamtsystem kommen kann. Die Vorstellung, dass es in der aktuellen Krise nur um Griechenland, Portugal, Irland und Spanien geht, trifft nicht zu. Deswegen sollten nicht zuletzt auch die USA ein großes Interesse daran haben, dass die Europäer ihre Probleme lösen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Wie optimistisch sind Sie, dass die europäischen Regierungen diese Probleme nachhaltig lösen können? Immerhin vertreten Sie die Auffassung, dass es nicht viel braucht, „um aus einer erfolgreichen Währungsunion einen Club in Schockstarre zu machen“.

Prof. Dr. Welfens: Wir kommen zunächst nicht an einer klaren Bestandsaufnahme vorbei. Wir müssen dafür – wie beim Arztbesuch – nicht nur auf die Symptome schauen, sondern auch auf die Ursachen. Anschließend muss eine vernünftige Therapie angegangen werden. Sie muss mit den Patienten besprochen und ihnen erklärt werden. Und allen Beteiligten muss klar sein, dass diese Therapie nicht nach einem Jahr zu Ende ist. Wir wissen beispielsweise aus lateinamerikanischen Schuldenkrisen, dass die Beseitigung der Probleme mehrere Jahre dauert. Zuwarten, wie es die Politik in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten lange Zeit gemacht hat, ist nicht hilfreich. Es ist gefährlich für den Patienten.

Von Flaggschiff-Institutionen in die Irre geführt

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Bleiben wir bei der Metapher mit dem kranken Patienten. In welchem Zustand befindet sich der Patient Europa?

Prof. Dr. Welfens: Dem Patient muss gesagt werden, dass bestimmte Verhaltensweisen (Defizit und hohe Schuldenquote) auf Dauer nicht hinnehmbar sind. Ich sehe das Problem, dass es nicht nur Fehlverhalten in einzelnen Ländern gibt. Die bereits erwähnte Krise des Westens hat ihre Ursache auch darin, dass Flaggschiff-Institutionen wie der Internationale Währungsfonds uns mit ihren Analysen glänzend in die Irre geführt haben.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Sie werfen der Institution vor, dass sie Krisensignale übersehen hat. Wörtlich heißt es bei Ihnen: „Der IWF versagt und glänzt dann als Feuerwehr.“

Prof. Dr. Welfens: Aus Sicht der Wissenschaft haben wir naturgemäß immer eine kritische Perspektive und fragen daher lieber zweimal, ob eine Analyse stimmt oder nicht. Wir haben gesehen, dass die Analyse, die der IWF zu Irland im Juli 2006 geliefert hat, bereits zum damaligen Zeitpunkt erkennbar falsch war. Die Aussagen zu Irland gehen in allen wichtigen Punkten an den strukturellen Problemen der Banken vorbei. Etwas Ähnliches haben wir beim Artikel IV-Bericht über Griechenland (2008) erlebt. Auch dieser Bericht ist weitgehend neben der Realität, denn er ist – wenn Sie so wollen – auch eine Irreführung von Unternehmen und Anlegern, die sich auf diese Berichte verlassen. Politiker in Brüssel könnten sich auf die Position zurückziehen, dass sie solchen Berichten immer geglaubt haben. Ich möchte in

diesem Zusammenhang betonen, dass es sich bei den von mir kritisierten Berichten nicht um Einzelfälle handelt!

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Welches Vertrauen haben Sie als Wissenschaftler in die Fähigkeiten der Politiker, die EURO-Krise zu lösen? Immerhin sprechen Sie im Zusammenhang mit dem doppelten „Haircut“ für Griechenland von einer „ökonomisch-politischen Dummheit von historischem Ausmaß“.

Prof. Dr. Welfens: Die Situation ist durchaus mit einer griechischen Tragödie zu vergleichen, denn der Patient ist wirklich krank. Bei einem Unternehmen, das kurz vor der Insolvenz steht, würde man doch auch sorgfältig schauen, wo man Vermögenswerte verwerten kann. Deswegen möchte man glauben, dass die Regierungen in Europa klug genug sind und sich ein Gesamtbild der Situation machen. Aus meiner Sicht war dies bislang nicht der Fall. Es war doch so, dass im Anpassungsbericht des IWF (Dezember 2010) die Vermögenswerte Griechenlands aufgelistet worden sind. Auch wenn man eine gewisse Schätzunsicherheit berücksichtigt, konnte man dort ablesen, dass das griechische Staatsvermögen eindeutig größer als die Staatsschulden ist. An dieser Stelle hätte man erwarten können, dass im ersten Schritt der Weg für eine große Privatisierung freigemacht wird. Damit hätte man einerseits die Staatsschulden zumindest teilweise abbauen und andererseits Strukturereformen auf den Weg bringen können. Wir wissen aus vielen erfolgreichen Beispielen in osteuropäischen EU-Ländern, dass man dort in den 90er-Jahren unter sehr schwierigen Bedingungen Privatisierungen und Strukturereformen auf den Weg gebracht hat. Die sich daraus ergebenden Produktivitätsfortschritte und die vielen neuen Unternehmen haben dazu geführt, dass es vielen dieser Länder verhältnismäßig gut geht.

Der „Haircut“ ist eine historische Dummheit

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: Angesichts dieses Aufschwungs hätten sich viele Beobachter nachhaltige Impulse von der polnischen Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr gewünscht. Bei den wichtigen Themen EURO-Rettung und Schuldenkrise hatte das Nichtmitglied der EURO-Zone leider nicht viel zu bieten.

Prof. Dr. Welfens: Richtig. Von der ersten polnischen Ratspräsidentschaft war ich in diesem Zusammenhang enttäuscht. Die 6-monatige Präsidentschaft hätte unter der Überschrift „Von Osteuropa lernen“ stehen können. Wir könnten durchaus von osteuropäischen Ländern etwas lernen. Denken Sie beispielsweise nur an das moderne Regierungssystem in Estland, das auf Informations- und Kommunikationstechnologie basiert. Leider ist in dieser Zeit von der polnischen Ratspräsidentschaft allerdings nur Zurückhaltung geübt

worden. Auf eine entsprechende Frage wurde mir geantwortet, dass ein Land, das zum ersten Mal die Ratspräsidentschaft innehat, keine Fehler machen möchte. In einer historisch schwierigen Situation ist das sehr bescheiden, denn jetzt ist jeder gefordert, sich einzubringen. Mit Blick auf die Griechenland-Krise haben wir daher 2 Jahre verpasst. Stattdessen haben wir diesen doppelten Haarschnitt. Diese Maßnahme hätte ein Endpunkt und nicht der Anfang der Hilfsmaßnahmen sein dürfen. Dieser „Haircut“ war alles andere als eine vernünftige Strategie. Insoweit bleibe ich dabei, dass es sich um eine historische Dummheit handelt.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Mit Blick auf die Abwärtsspirale der EURO-Zone sprechen Sie Klartext. Einerseits machen Sie „politischen Betrug in Athen und Dublin“ für die Situation verantwortlich, andererseits kritisieren Sie auch das „schlechte Krisenmanagement der führenden Politiker der EURO-Zone“.*

Prof. Dr. Welfens: Als Wissenschaftler haben wir die Aufgabe, den Nebel aus richtigen bzw. falschen Spuren und Verdächtigungen zu durchdringen. Wir müssen die Hauptpunkte klar definieren. Im Fall von Griechenland stimmte die Defizit-Quote von 4 Prozent, die nach Brüssel gemeldet worden ist, schlichtweg nicht. Bei genauerer Betrachtung liegt der Ist-Wert bei 15,8 Prozent. Da kann man doch nicht von einer kleinen Abweichung sprechen! Hier hat eine griechische Regierung in einem Wahljahr versucht, sich einen Wahlsieg auf Kredit herbeizulügen. Das ist mit demokratischen Regeln nicht vereinbar, und wir wissen, dass die Zahl 15,8 Prozent unendlich weit weg von der Obergrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts (3,0 %) entfernt liegt. Hier hätte die Europäische Kommission und speziell EU-Kommissions-Präsident José Manuel Barroso eine Untersuchungskommission einsetzen müssen, die Griechenland auf den Zahn fühlt. Griechenland kann schließlich nicht für sich in Anspruch nehmen, dass man dort von der transatlantischen Bankenkrise besonders scharf betroffen ist. Insgesamt vermisse ich in der gegenwärtigen Krise „die“ politische Stimme Europas.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Woran denken Sie konkret?*

Prof. Dr. Welfens: Stellen Sie sich vor, in einem US-Bundesstaat gäbe es einen drohenden Staatsbankrott. Dann würde der jeweilige US-Präsident dort hinfahren, eine große Rede halten und dazu aufrufen, die Probleme gemeinsam anzupacken. Mir ist nicht bekannt, dass Herr Barroso nach Athen gefahren wäre und dort eine große Rede gehalten hat. Diese Form des Schweigens bringt Verantwortungsscheu und einen Mangel an Gestaltungswillen zum Ausdruck. Eigentlich wäre es seine Aufgabe, die Menschen und die Unternehmen zu ermutigen, in die richtige Richtung zu gehen. Wenn es sich nur um eine nationale Auseinandersetzung handelt, dann

frage ich mich, wo die europäische Dimension bleibt. Europa ist schließlich keine Schönwetterveranstaltung!

Gestörter Dialog zwischen Politikern und Bankern

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Woran liegt es, dass der Dialog zwischen der Politik und den Großbanken und Chef-Volkswirten in Deutschland kaum noch funktioniert? Wie viel Schuld trägt die Bankenkrise am Misstrauen der Politiker gegenüber den Bankern?*

Prof. Dr. Welfens: Durch die Bankenkrise ist eine Menge Porzellan zerschlagen worden. Deswegen besteht keine Veranlassung, die Banken pauschal in Schutz zu nehmen. Auf Seiten der Politik gibt es eine begründete Verärgerung, die ich psychologisch durchaus nachvollziehen kann. Bei allem Ärger muss man sich allerdings am Ende des Tages immer wieder an einen Tisch setzen können und nach vorne schauen. Die Frage lautet doch, wie man die europäischen Probleme gemeinsam überwinden kann. Man kann allerdings durchaus den Eindruck gewinnen, dass von Seiten des Finanzministeriums ein Generalverdacht gegen die Banken geäußert wird. Frei nach der Devise: Ihr seid schuld an der transatlantischen Bankenkrise, und jetzt habt ihr im Rahmen der Staatsschuldenkrise so viele eigene Interessen, dass wir Euren Empfehlungen und Aussagen wenig Glauben schenken können.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Da ist schließlich ein Fünkchen Wahrheit dran.*

Prof. Dr. Welfens: Natürlich vertritt jeder Chef-Volkswirt eines großen Geldinstituts zunächst die Interessen seines Unternehmens. Trotzdem sollte man in der Lage sein, den Faktor Unternehmensinteressen an einer Stelle abziehen. Wenn das Misstrauen gegenüber den Bankenvertretern tatsächlich so groß ist, sollte die Politik sich Berater aus der Wissenschaft, aus den Banken und den Ministerien einladen. Es darf nur nicht so sein, dass das Finanzministerium allein, das heißt abseits der wissenschaftlichen Analyse bzw. ungeachtet des praktischen Wissens über die Vorgänge auf den Finanzmärkten, in seiner Weisheit in einer sehr schwierigen Situation vor sich her kocht. Das halte ich für gefährlich. Die Retter begeben sich unnötig in Gefahr. Sie vermeiden möglicherweise nur zufällig die schlechteste Maßnahme aus allen denkbaren Möglichkeiten einer effizienten und wirksamen Rettungsaktion. Das ist ein Zustand, der uns als Steuerzahler, als Investor und Bürger nicht gefallen kann. In einer Situation, in der die staatlichen Budgets unter Hochspannung stehen, müssen wir von der Politik verlangen können, dass die relativ kostengünstigste und wirksamste Therapie gewählt wird. Um sich für eine solche Therapie entscheiden zu können, muss man allerdings vorher eine klare und

saubere Bestandsaufnahme durchführen. Nur so wird man übrigens zuverlässig verhindern können, in Zukunft wieder die gleichen Fehler zu machen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Ihr Kollege Prof. Dr. Bernd Lucke (Institut für Wachstum und Konjunktur an der Universität Hamburg) sagte unlängst gegenüber der »FAZ«: „Die EURO-Rettung ist ein Fiasco.“*

Prof. Dr. Welfens: Die Beschreibung kommt der Situation recht nahe. Selten haben sich so viele europäische Spitzenpolitiker zu so vielen europäischen Gipfeln verabredet, bei denen sie in der Substanz so wenig geliefert haben. Ein grundsätzliches Problem besteht auch im fehlenden Transport von Wissen, das in der europäischen Gemeinschaft vorhanden ist.

Volatilitätssteuer auf die Eigenkapitalrendite?

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Der Ökonom Hans-Werner Sinn wendet sich an die Bevölkerung und sagt: „Werdet mündige Bürger und lasst das nicht alles mit euch geschehen. Denn Ihr seid es ja, die das kurzfristige Denken langfristig werdet ausbaden müssen.“ Das ist Wasser auf Ihre Mühlen, denn in Ihrem Buch kritisieren Sie – obwohl wir eine immer höhere Lebenserwartung haben – eine „zunehmende Kurzfrist-Orientierung in Wirtschaft und Politik“.*

Prof. Dr. Welfens: Auf diese Problematik gibt es keine einfache Antwort. Denken Sie nur an die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Früher lag die durchschnittliche Beschäftigungsdauer in Industriebetrieben in Deutschland bei 11 Jahren. In der Zwischenzeit liegen wir knapp unter 10 Jahren. Das spricht dafür, dass das Interesse des Eigentümers oder der Manager an Weiterbildungsinvestitionen in die Arbeitnehmer geringer als früher ist. Wer möchte schon gerne für die Konkurrenz von morgen aus- und weiterbilden! Dieses Phänomen hat sicherlich seine Ursachen in der Globalisierung. In den Finanzmärkten beobachten wir eine gewisse Fehlentwicklung. Im Zuge der vielfältigen Finanzinnovationen geraten die Institute immer stärker in eine Form der Kurzatmigkeit. Ihr Zeithorizont beträgt häufig gerade einmal 1 Jahr. Wir wissen allerdings, dass die Investitionszyklen der Unternehmen durchaus 5 bis 8 Jahre lang sind. Aber zurück zu Ihrer Frage: Solange wir uns im Rahmen der Gesetze der Physik und der Ökonomie bewegen, lassen sich Probleme lösen. Steueranreize wären eine Möglichkeit. Ein längerfristiges Denken der Banken würden wir beispielsweise dann erreichen, wenn wir eine Volatilitätssteuer auf die Eigenkapitalrendite einführen würden. Das würde bedeuten, dass die Verantwortlichen an der Entscheidungsspitze darüber nachdenken müssten, was eine nachhaltig erzielbare Rendite ist. Es

ist durchaus ein Unterschied, ob man mit einer nachhaltigen Rendite von 11 bis 13 Prozent arbeitet oder ob man – auf Druck von außen – eine Rendite von 25 Prozent erreichen muss. Viele Unternehmen haben dafür bitter bezahlen müssen. Mir sind deshalb die Akteure, die langfristig denken, durchaus lieber als kurzfristige Hasardeure.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Über die Rolle Deutschlands wurde in den vergangenen Monaten heftig und kontrovers diskutiert. Sie sagen, dass unser Land „mit Blick auf die Globalisierung der Wirtschaft und den ökonomischen Aufholprozess in seiner Spezialisierung gut aufgestellt ist“ und deswegen „als Stabilitätsanker“ wirken kann.*

Prof. Dr. Welfens: Es führt kein Weg daran vorbei, zu hinterfragen, was in dieser Situation eine tragfähige und nachhaltig erfolgreiche Strategie ist. Hinter dieser Strategie müssen insbesondere die beiden größten Akteure – sprich: Deutschland und Frankreich – stehen. Aus einer deutsch-französischen Diskussion müssten aus meiner Sicht 2 Gleise abgeleitet werden. Wie sieht besseres Krisenmanagement aus, und wie sollen die längerfristigen institutionellen Reformen aussehen? Dafür müssen wir die EURO-Zone auch – wie bereits erwähnt – mit den Situationen in Australien, Kanada und den USA vergleichen. Nur so können wir die tatsächlich bestehenden Krisenfälle in Europa zuverlässig abhaken. Dafür müssen wir uns auch an eine wichtige Grundregel erinnern: Vertrauen kommt von eingehaltenen Versprechen. Dieses Vertrauen kann durch einen transparenten und funktionsfähigen institutionellen Prozess entstehen. Wir müssen daher an vielen Stellen viele Dinge sehr viel besser machen. Deswegen nützt auch alle Jammerei nichts, sondern wir müssen jetzt zügig handeln.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Das funktioniert allerdings nur so lange, wie die Politik ihre Bürger hinter sich weiß. Diese Bürger sind auch Sparer, die langsam aber sicher nervös werden.*

Prof. Dr. Welfens: Die eine Messlatte ist immer der Bürger, denn die Politik muss für ihre Entscheidungen auch eine Mehrheit in der Bevölkerung gewinnen. Die Aufgabe des Staates besteht darin, den Sparern das deutliche Signal zu geben, dass das Finanzsystem stabil ist.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Die Bundesregierung hat im Jahr 2008 erstmals eine Staatsgarantie für alle Spareinlagen privater Anleger abgegeben. War der gemeinsame Auftritt von Angela Merkel und Peer Steinbrück aus heutiger Sicht verfrüht?*

Prof. Dr. Welfens: Die beiden Politiker haben sich seinerzeit in einer historisch sehr schwierigen Situation zu diesem denkwürdigen TV-Auftritt entschlossen. Das war trotzdem vernünftig. Uns fehlt allerdings eine glaubwürdige Pressekonferenz, auf der die Vertreter der Europä-

ischen Zentralbank sowie die Staats- und Regierungschefs auf Basis eines durchdachten und nachvollziehbaren Plans bekannt geben, dass die Einlagen in Europa sicher sind. Ich bleibe diesbezüglich allerdings skeptisch, denn die politische Kommunikationsstrategie funktioniert nicht. Aus der nationalen Perspektive betrachtet muss die politische Führung in Berlin dafür sorgen, dass der Binnenmarkt funktioniert. Die Aufgabe von Angela Merkel wäre es, gegenüber Madrid deutliche Signale zu geben: Ihr müsst eure Hausaufgaben machen und Ihr müsst euer Bankensystem stabilisieren! Auch hier reden wir wieder über Vertrauen. Vertrauen ist im Binnenmarkt unteilbar. Wenn ich den Finanzbinnenmarkt will, dann brauche ich eine Gesamtkonzeption. Andernfalls fallen wir in national fragmentierte Märkte zurück. Das würde letztendlich das Ende der EURO-Vorteile bedeuten.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Vor mehr als 10 Jahren sagte der damalige Außenminister Joschka Fischer, man könne „nicht gegen die internationalen Finanzmärkte regieren“.*

Prof. Dr. Welfens: Wenn die Politik daher nicht aufpasst und den Krisenmodus 2010/11 fortschreibt, wird sie alle 6 Monate die Erfahrung machen, dass sie auch in Zukunft – salopp formuliert – von den Märkten vor sich hergetrieben wird. Das ist kein vernünftiger Zustand. In diesem Zusammenhang kritisiere ich auch einen gewissen Mangel an politischer Führung. Es kann nicht sinnvoll sein, wenn Gesprächspartner in Asien und den USA mir sagen, dass wir in Europa immer 2 Schritte hinter den Ereignissen hinterher sind. Das würde auch einem Unternehmen, das sich in einer Existenzkrise befindet, nicht gut bekommen. Auch dort braucht man im Krisenfall einen Vorstand, der das Heft des Handelns entschlossen in die Hand nimmt.

Der Politik fehlt es an Realitätssinn

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Als Wissenschaftler treten Sie für eine nachhaltige EU-Stabilisierung ein. Wie soll das funktionieren?*

Prof. Dr. Welfens: Eine sinnvolle Arbeitsteilung von supranationaler Geldpolitik und koordinierter nationaler Finanzpolitik ist eine Illusion. Stattdessen ist eine Verbindung von EURO-Geldpolitik und supranationaler Finanzpolitik notwendig.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Sind Sie optimistisch, dass die Signale gehört und verstanden werden? Dennis Snower, der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, vermisst den Mut, „sich von konventionellen Denkmustern zu verabschieden“.*

Prof. Dr. Welfens: Es fehlt der Politik besonders an Realitätssinn. Sie versteht

nicht, wie die einzelnen Bausteine zusammenpassen. Natürlich mag man für gute Absichten im Anschluss gelobt werden, aber das Gegenteil „von guter Absicht“ ist im Zweifelsfall „schlecht gemacht“. Ich glaube, dass der politische Wille besteht, den EURO zu erhalten. Dennoch muss die Frage gestellt werden, ob wir Regelsysteme etablieren können, die nach innen und außen glaubwürdig sind. Möglicherweise ist der europäische Gestaltungswille bislang nicht groß genug. Ich vermisse ein durchdachtes Gesamtkonzept. Unser Land wäre aufgrund seiner eigenen Geschichte durchaus aufgerufen, seine besonderen Erfahrungen und Qualitäten einzubringen.

WIRTSCHAFTSSPIEGEL: *Über Europa und den EURO zu retten, favorisieren Sie einen 3-Punkte-Plan, der sich aus ökologischer Nachhaltigkeit, nachhaltig stabilen Finanzmärkten und langfristig soliden Staatsfinanzen zusammensetzt.*

Prof. Dr. Welfens: Ich gehe bei diesen Überlegungen davon aus, dass in unserer Bevölkerung grundsätzlich der Wunsch besteht, dass wir uns angesichts der demografischen Entwicklung stärker hin zu einer Nachhaltigkeit orientieren wollen. Diese Nachhaltigkeit liefern die Finanzmärkte nicht von sich aus. Wir müssen deshalb überlegen, wie man hier entsprechende Anreize, zum Beispiel durch die Einführung einer Volatilitätssteuer, setzen kann.

Es muss außerdem endlich darüber debattiert werden, wie Politik nachhaltiger und stabilitätsgerechter werden kann. Einfach ist diese Aufgabe nicht, aber dass ist bei einer Unternehmenssanierung auch nicht. Ich bleibe aber optimistisch und glaube, dass wir die Krise auf mittlere Sicht nachhaltig überwinden werden. Wenn man so viele Dinge falsch gemacht hat, wäre es ein Fortschritt, wenn man 3 Dinge richtig macht bzw. die 3 größten Fehler nicht wiederholt. Wir haben längst noch nicht alles Pulver verschossen. Solide Staatsfinanzen brauchen Ausgabenkontrolle durch Schuldenbremsen bei Bund, Ländern, Gemeinden und auf supranationaler Ebene; die Europäische Kommission sollte zudem in die nationalen Budgetpläne und den Vollzug aller EURO-Staaten jederzeit Einsicht nehmen können, und zwar auf Basis einer einheitlichen Software, so dass Defizitbetrug ausgeschlossen ist. Im Übrigen wäre beim Stabilisierungsansatz für Spanien auch alternativ zu EFSF und ESM an eine trinationale Initiative mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien mit einem Beitrag von je 30 Mrd. € zwecks Einstiegs mit stiller Beteiligung bei Banken zu denken. Das wäre Ausdruck gemeinsamer EU-Verantwortung und ließe die Rettungsschirme intakt, wäre ein Stabilisierungsimpuls für Italien und überhaupt die Überwindung der Rezession.

Das Gespräch führte Detlef Fleischer